

Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin
Band: 109 (1983)
Heft: 36

Rubrik: Briefe an den Nebi

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Hauchdünn oder faustdick?

Bruno Knobel: «Repräsentativ» (Nebi Nr. 34)

Die komplizierten mathematischen Überlegungen, die Bruno Knobel in der Nr. 34 zur Rothenthurm-Umfrage des WWF Schweiz anstellt (dieser wird ja zweifellos das Rechenexempel noch «aus-deutschen»), sollen hier ergänzt werden durch eine dreispaltige Schlagzeile zum gleichen Thema, erschienen in meinem Leibblatt am 8. August und lautend: «Vorsprung der Gegner nur noch hauchdünn.» In der dazu gehörenden sda-Meldung über eine Meinungsumfrage jüngerer Datums war zu erfahren: «Bei einer Abstimmung am nächsten Sonntag wären 51,3% gegen den Bau, 24,8% dafür; 22% wussten keine Antwort, und 1,9% verweigerten sie.» Nach meinen bescheidenen Mathematikkenntnissen – und wohl doch auch nach Adam Riese – machen 51,3% Gegner mehr als das Doppelte von 24,8% Befürwortern aus – von hauchdünn kann da gar keine Rede sein, viel eher von faustdick! So mutet nämlich die Post an, welche die Schweizerische Depeschagentur und der «Titel-Held» des führenden Glarner Presseorgans ihren Lesern ins Haus spedit haben. Wie viele haben's wohl gemerkt?

Ergänzend sei festgehalten, dass in der Umfrage laut Agenturmeldung stets nur vom Waffenplatzvorhaben oder -projekt die Rede war, als ob es der Opposition nicht bloss um einen bescheidenen Teil des Projekts, das sogenannte Aufklärungsgelände, ginge!

Weiteres Einschlägige zum Thema im allgemeinen ist nachzulesen in dem von Bruno Knobel zitierten Buch von Hans Weigel, «Der exakte Schwindel».

Hansmax Schaub, Ennenda

Das wollen die Grünen!

Leserbrief E. Hochuli: «Wollt Ihr das, Ihr Grünen?» (Nebi Nr. 33)

Die Grüne Partei des Kantons Zürich und die mit ihr zur Föderation der Grünen Parteien zusammengeschlossenen Kantonalen Parteien der Schweiz anerkennen die Notwendigkeit einer Landesverteidigung auf der Basis der bewaffneten Neutralität. Wir verlangen aber gleichzeitig Anstrengungen zur Abrüstung auf internationaler Ebene und eine Förderung der Friedensforschung.

Im Leserbrief schildert E.

Hochuli die ablehnende Haltung der Grünen in der BRD gegenüber der amerikanischen Aufrüstung mit Atomwaffen in Europa und schliesst mit der oft gehörten Weisheit: Jedes Land hat eine Armee, entweder die eigene oder eine andere. Hier liegt aber genau der springende Punkt: Die Bundesrepublik hat nämlich eine eigene Armee und eine andere!

Unsere Grüne Partei des Kantons Zürich steht in ihrer Parteiideologie in einigen Punkten wie Verteidigung und Wirtschaft nicht am selben Ort wie die Deutschen Grünen. (Zwischen der deutschen FDP und der Schweizer FDP bestehen schliesslich auch wesentliche Unterschiede.) Aber man möge sich nur einmal vorstellen, eine fremde Armee wollte in unserem Land Raketenbasen mit Atomsprengköpfen aufstellen! Hier würde mit Sicherheit Protest aus allen politischen Lagern, von links und rechts, erschallen. Wir Schweizer, die wir unsere Neutralität bei einem eventuellen UNO-Beitritt nicht weniger als viermal verkünden möchten! Wir wiegen uns in der trügerischen Sicherheit, durch die Atomwaffen der NATO gegen den Ostblock Schutz zu erhalten, und glauben dabei gar noch einmal verschont zu werden! Unserem Land, der Neutralität verpflichtet, mit einer Milizarmee auf Defensive ausgerichtet, steht die Aufgabe zu, aktive Friedenspolitik zu betreiben und mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln die Abrüstung in Ost und West zu forcieren. Das wollen die Grünen.

Jürg Hefti, Grüne Partei Zürich

Verdrehekunst

Anlässlich des ersten Berner Jugendschiessens störte die «Bewegung» (= Bu) den Schiessbetrieb. Als Belohnung berichtete die Tageschau in einem überrassen langen Beitrag. Gratiswerbung für die Bu, bezahlt vom Schweizervolk.

Das Schiesswesen ist ein Volkssport. Jedes Kind weiss, dass bei hochgezogener Schiessfahne das Schiessgelände nicht mehr betreten werden sollte. Wagemutige Leute bewiesen den hohen Grad ihrer Selbstverachtung damit, dass sie sich trotzdem im Schiessgelände tummelten und sich dabei sauwohl fühlten. Sie hofften, erschossen zu werden.

Leider geschah das nicht, denn sonst hätte die Bu mit Märtyrern aufgetrumpft. Da-

für erwies sich die Polizei wieder als Retterin in der Not: Immer zwei retteten eine Bu-Frau oder einen Bu-Mann vor dem Erschiessungstod, indem sie sie davontrugen. Statt dafür dankbar zu sein, wirft die Bu hernach der Polizei vor, ihr mitmenschlicher Einsatz hätte sich durch «gewohnte Härte» ausgezeichnet. Das ist nur der Anfang der Verdrehung.

In einem Bu-Communiqué fordert die Bu, dass die Verantwortlichen, die keinen Schiessstopp verfügten, zur Rechenschaft gezogen werden sollten. Also, weil der Schiessbetrieb gestört wurde, sollen nicht die «Störenden», sondern die «Gestörten», bestraft werden. Irgendetwas ist da «gestört». Die Verdrehungskunst kennen wir besonders von Ostblockstaaten, die ja wahre Meister im Entstellen von Tatsachen sind. Womit wieder einmal der Beweis erbracht wäre, von wem die Bu gesteuert ist...

M. Hug, Bäretswil

Ziviler Ungehorsam legitim

Hans Weigel: «Mein Friedensappell» (Nebi Nr. 33)

Recht hat er, der Hans Weigel: für den Frieden müssen wir uns in Ost und West einsetzen, und wir dürfen die Rüstung der Sowjetunion nicht übersehen. Aber bereits hier fängt dann auch mein Widerspruch an. Ich unterschreibe nicht gern Aufrufe und gehe nicht gern zu Demonstrationen, weil ich genau darauf achte, von wem sie organisiert sind und was dort ausgesagt wird. Aber so zu tun, als wäre die Friedensbewegung in der Bundesrepublik von «DDR-Spezialisten» gesteuert, hilft nicht denen, die um Abrüstung bemüht sind, sondern den ewigen Raketenzählern. 3 bis 4 Millionen Menschen haben den Krefelder Appell unterschrieben (ich übrigens nicht, s. o.), und wenn er von der DKP lanciert war, hat die Menge der Unterschriften die Initiatoren längst überholt. Hat Herr Weigel schon erlebt, wie in Gruppen der Friedensbewegung darauf geachtet

wird, dass niemand eine Chance hat, sie zu unterwandern?

In dem «Friedensappell» findet sich ein zweiter Schlag unter die Gürtellinie: «Ziviler Ungehorsam ist grossartig. Aber versuchen Sie ihn einmal gegen Mörder und Sexualverbrecher.» Beim Kampf gegen die Nachrüstung geht es darum, dass Ost und West sich gegenseitig und wohl die ganze Menschheit zwanzig Mal, auf einige Male mehr oder weniger soll es nicht ankommen, vernichten können. Hier geht es noch lange nicht um die Utopie einer waffenlosen Welt, obwohl Utopien notwendig sind, will man nicht auf dem politisch mühsamen Weg das Ziel aus den Augen verlieren. Zunächst geht es nur darum, auf dem Weg in die völlige Vernichtung Europas anzuhalten und einige wenige Schritte zurückzugehen. Wer dem Gegner einmal die Auslöschung androhen kann, hat genug Verteidigungswaffen angesammelt. Der Vergleich mit einem Mörder und seinen Opfern oder den Türken von 1683 ist wohl angesichts der Gefahr durch Massenvernichtungsmittel nicht angebracht. Wo Demonstrationen und Unterschriftenlisten diffamiert werden, wie von Herrn Weigel, ist ziviler Ungehorsam – gewaltfrei, versteht sich – ein legitimes, vielleicht das einzige Mittel, die Politiker vom Weg in den Selbstmord der von ihnen regierten Völker herunter zu bringen und zur Umkehr zu bewegen.

Dorothee Schäfer, D-Esslingen

Apartheid ist überall

Lieber Nebi

Ganz spontan muss ich schreiben, denn soeben stöbere ich in Nummer 34 und bin (ohne in diesem Moment alles gelesen zu haben) bereits dreimal auf «Südafrika» gestossen – und wie zu «erwarten»: Negativ. (Seite 8: Waffenschieberei von Lukratius /

Seite 10: Gedicht von E. P. Gerber / Seite 39: Leserbrief von Heidy Reinle Zürich wegen den Granny-Smith-Äpfeln.) Nun, ich erwarte auch vom Nebi nicht einfach ein Loblied und eine Alles-Verherrlichung, was Südafrika betrifft, aber etwas mehr «Neutralität» oder Ausgewogenheit wäre besser.

Südafrika hat ANC verboten, weil man dort genau weiss, was und wer dahintersteckt! Dort weiss man auch ganz genau, was man zu erwarten hat, wenn man mit ANC sympathisiert! Die Bekanntgabe solcher harten Strafen für scheinbar «harmloses» Tun dient u. a. auch als Abschreckung.

Ich wünschte, die breite Bevölkerung hier in der Schweiz wäre nur halb so genau informiert über das Tun des Kommunismus wie in Südafrika ... Europa gleicht einem von Termiten ausgehöhlten Bau, der eines Tages mit Leichtigkeit zusammenfallen kann. Das ungnädige Eingreifen Bundesrat Friedrichs wegen dem sowjetischen «Nachrichtenbüro» ist ein Zeichen, dass es doch noch wachsame Köpfe gibt! Die «Informationen» in den Tageszeitungen und Tagesnachrichten sind so banal und ungenau, dass man sich durch nachbarliche Länder informieren muss.

Apartheid ist oft viel krasser in anderen Ländern vorhanden als in Südafrika, nur wird dies nie angeprangert. «Apartheid» existiert in jedermanns – in Ihrer – Nähe, in nächster Umgebung! Nur haben die Nachbarn, Mitarbeiter, Passanten usw. hier nicht immer schwarze Hautfarbe ... Die Spanier, Türken, Ungarn, Schweden, Italiener, Holländer usw. usw. sind doch alle «weiss», oder etwa nicht? Aber wehe, wenn sie mit dem Zürcher, Genfer, St. Galler, Walliser etc. in den gleichen «Topf geworfen» würden ...

Die Geschichte Südafrikas lässt sich nicht einfach vergleichen mit derjenigen der Schweiz. Einmal verordnete Gesetze können auch hier in der Schweiz nicht von heute auf morgen geändert oder aufgehoben werden. In den vergangenen Jahren wurde in Südafrika viel geleistet in Gesetzesänderungen, und vieles ist noch im vollen Gang. Südafrika hat eben auch Fanatiker, auf schwarzer, brauner und weisser Seite! Was aber ununterbrochen für die gesamte Bevölkerung Südafrikas getan wird, verdient grössere «Propaganda» als all das Negative.

Elfi Rimensberger, Oberuzwil

